

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

02.05.2017

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Dienstag, 2. Mai 2017, im Senatssaal des Rathauses**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesenheit

Herr Stephan Gielow	in Vertretung von Herrn André Bleckmann
Frau Bettina Bruns	
Herr Jan Evers	
Frau Yvonne Görs	
Herr Heiko Jaap	
Herr Dr. Andreas Kerath	
Herr Markus Kolbe	
Herr Alexander Krüger	
Herr Thomas Mundt	
Herr Patrick Leithold	in Vertretung von Herrn Jörg Neubert
Herr Walter Noack	
Herr Dr. Sascha Ott	
Herr Daniel Seiffert	in Vertretung von Frau Birgit Socher
Herr Dr. Rainer Steffens	
Herr Stephan Schumann	in Vertretung von Frau Brigitte Witt

Verwaltung

Herr Gero Maas
Herr Winfried Kremer
Frau Katrin Teetz
Frau Franziska Willert
Frau Beate Schinkel
Herr Erik Wilde
Frau Barbara Breier
Frau Sandra Schlegel
Frau Maria Völker

Gäste

Frau Petra Hase
Herr Thomas Prauße - SWG
Frau Heike Witt - SWG
Frau Anita Weiß - Seniorenbeirat

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 06.03.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Sponsoringvertrag mit der Sparkasse zur Finanzierung des Segeltörns mit Studierenden
Der Oberbürgermeister
- 6.2. Zustimmung zur Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.3. Zustimmung zur Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der ABS-Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.4. Zustimmung zur Neustrukturierung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG)
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.5. Annahme einer Spende vom Verein Soroptimisten für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
- 6.6. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
- 6.7. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.8. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Zwergenland“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.9. Ausschreibung von Leistungen zur Betreibung des Strandbades Eldena
Dez. II, Amt 23
- 6.9.1. Ausschreibung von Leistungen zur Betreibung des Strandbades Eldena
SPD-Fraktion
- 6.10. Bereitstellung des kommunalen Finanzierungsanteils für den Zuwendungsantrag „Nationale Projekte des Städtebaus“ 2017
Dez. II, Amt 60
- 6.11. Veröffentlichung von namentlichen Abstimmungen der Bürgerschaft im Stadtblatt
CDU-Fraktion
- 6.12. Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG

- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4**
- 6.13. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage „Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG“ 06/1012 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
CDU-Fraktion
- 6.14. Änderung der Hauptsatzung betreffend die Ortsteilvertretungen
SPD-Fraktion
- 6.15. Änderungsantrag zu: Änderung der Hauptsatzung betreffend die Ortsteilvertretungen, 06/1015
Fraktion DIE LINKE
- 6.16. Verbilligungsrichtlinie
SPD-Fraktion
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 15 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Mundt erklärt, dass zum TOP 6.9. „Ausschreibung von Leistungen zur Betreuung des Strandbades Eldena“ eine neue Version vorliegt. Des Weiteren kommt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter Punkt 6.9.1. hinzu.

Zum TOP 6.12. „Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG“ liegt ebenfalls eine überarbeitete Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Steffens stellt den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt „Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2017/2018“. Die Notwendigkeit begründet sich mit der Sondersitzung der Bürgerschaft am 08.05.2017.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 06.03.2017

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.01. Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2017/2018

Herr Maas erklärt, dass nach Beschlussfassung der Bürgerschaft über den Haushalt für 2017/2018 und dessen Einreichung zur Prüfung und Genehmigung an das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern der Stadt ein Bescheid zum Zwischenverwendungsnachweis von Städtebaufördermitteln vom LFI zugegangen ist. In diesem Bescheid wird der Stadt eine Kürzung von förderfähigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 1.476.437,07 EUR mitgeteilt. Zwar ist die Stadt in Widerspruch gegangen, aber um weitere Verzinsungen des Rückforderungsbetrages im Rahmen des zu zahlenden Vorteilsausgleiches zu vermeiden, muss dieser unverzüglich dem Städtebaulichen Sondervermögen zugeführt werden. Diese Zahlung soll aus den städtischen Rücklagen entnommen bzw. mit Hilfe eines Kassenkredites finanziert werden. Da die Rückforderung erhebliche Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt hat, muss die Bürgerschaft diesen Ergänzungsbeschluss fassen.

Das Innenministerium hat nach ersten Gesprächen gegenüber der Stadt signalisiert, dass mit Vorliegen des Ergänzungsbeschlusses eine Nachtragssatzung zum Haushalt vermieden werden kann. Bei einer zeitnahen Einreichung des Ergänzungsbeschlusses zur Haushaltssatzung und der Vorlage eines Zeitplanes zur Aufstellung der Jahresabschlüsse 2013 bis 2015 zur Festlegung des Prüfungszeitraumes für das Rechnungsprüfungsamt und dem Rechnungsprüfungsausschuss sowie zur Feststellung der Jahresabschlüsse 2012 bis 2015 durch die Bürgerschaft kann mit einer alsbaldigen Genehmigung des Innenministerium gerechnet werden.

Herr Dr. Steffens möchte wissen, ob der Haustarifvertrag des Theaters, wenn er dann abgeschlossen wird, im Haushalt Berücksichtigung findet. Frau Willert erklärt, dass für 2017 die Abbildung im Haushalt erfolgte und für 2018 ein Mehraufwand in Höhe von 63.000 EUR notwendig wird.

Unklarheiten gibt es seitens der CDU-Fraktion bzgl. der Personalausstattung. Ihrer Meinung nach wurden 11 Stellen zu viel in den Haushalt geschrieben. Die Diskussionen gehen hierzu in der Ausschusssitzung auseinander. Herr Maas wird diese Anmerkung bis zur Sondersitzung am 08.05.2017 verwaltungsseitig klären.

Herr Evers kritisiert den fehlenden Druck zur Fertigstellung der Jahresabschlüsse. Herr Maas erklärt hierzu, dass die Verwaltung bestrebt ist, gesetzeskonform wieder in die Zeitschiene zu kommen. Momentan muss aber erst das Fehleraufkommen aus der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 berichtigt werden.

Auf Nachfrage begründet Herr Maas nochmals die Wichtigkeit dieser Vorlage, da ansonsten das Innenministerium eine zeitnahe Genehmigung versagt und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sich dann weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung befände.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
8 Stimmenenthaltungen

TOP 6.1. Sponsoringvertrag mit der Sparkasse zur Finanzierung des Segeltörns mit Studierenden

06/1011 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.2. Zustimmung zur Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH

06/1004 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenhaltung

TOP 6.3. Zustimmung zur Änderung und Neufassung des Gesellschaftsvertrages der ABS-Gemeinnützige Gesellschaft für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung mbH

06/1005 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.4. Zustimmung zur Neustrukturierung der Stadtwerke Greifswald GmbH (SWG)

06/1006 Herr Mundt beantragt für Herrn Prauße, Geschäftsführer der SWG, Rederecht.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

Einleitend erklärt Frau Teetz, dass seitens der IHK Neubrandenburg und der Handwerkskammer die Zustimmungen zur Neustrukturierung der Stadtwerke vorliegen, eine Prüfung vom Innenministerium steht noch aus.

Anhand einer Power-Point-Präsentation erklärt Herr Prauße die neue Unternehmensstruktur und deren Notwendigkeit (liegt als Anlage dem Protokoll bei).

Herr Noack befürwortet die neue Unternehmensstruktur der Stadtwerke Greifswald, stellt jedoch die Frage an die Verwaltung, ob die Zustimmung des Finanzausschusses über die Neustrukturierung der Stadtwerke Greifswald nicht schon hätte früher erfolgen müssen.

Frau Teetz erklärt, dass diese Umsetzung bereits vor dem Jahr 2014 begann. Ergänzend erklärt Herr Prauße, dass die Bürgerschaft erst nach Beschlussfassung des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss 2016 beschließen kann. Hier muss auch der Gremienlauf Beachtung finden. Bis spätestens 31.08.2017 muss die Anmeldung zum Handelsregister vorgenommen werden, denn nur unter dieser Voraussetzung kann die Verschmelzung mit handelsrechtlicher Rückwirkung zum 01.01.2017 erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Kolbe ergänzt Herr Prauße seine Präsentation dahingehend, dass ein Teil der Fernwärme Greifswald GmbH bestehen bleibt. Die Gesellschaft soll dann in Stadtwerke Innovations GmbH (SWIG) umfirmiert werden und sich vorrangig mit erneuerbaren Energien beschäftigen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

TOP 6.5. Annahme einer Spende vom Verein Soroptimisten für die Stadtbibliothek

06/995 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.6. Annahme einer Spende des Fördervereins Stadtbibliothek Greifswald e. V. für die Stadtbibliothek

06/996 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
(Herr Dr. Ott nimmt nicht an der Abstimmung teil.)

TOP 6.7. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Weg ins Leben“

06/1007 Die Nachfrage von Herrn Dr. Ott zur Statthaftigkeit der Anonymität eines Spenders wird verwaltungstechnisch geklärt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.8. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „Zwergenland“

06/1008 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.9. Ausschreibung von Leistungen zur Betreibung des Strandbades Eldena

06/994.1 Die Betreibung des Strandbades Eldena und die Verwaltung des dazugehörigen Geländes wurde der Stadt (Immobilienverwaltungsamt) zum 01.01.2017 vom Eigenbetrieb Seesportzentrum Greif rückübertragen, so Herr Kremer. Der Vertrag zur Bewirtschaftung des Strandbades durch die ABS, der seinerzeit zwischen dem Eigenbetrieb Seesportzentrum Greif und der ABS geschlossen wurde, wurde ebenfalls übernommen. Da aus vergabe- und beihilferechtlichen Gründen eine Fortführung dieses Vertrages nicht mehr möglich ist, muss fristgemäß unter Beachtung der Gewährleistung des Strandbetriebes bis zum 31.12.2017 dieser gekündigt und eine europaweite Ausschreibung für einen neuen Betreiber durchgeführt werden.

Auf Nachfrage zur Notwendigkeit einer europaweiten Ausschreibung erklärt Frau Schlegel, dass sich diese aus dem Schwellenwert ergibt.

Auch erklärt Frau Teetz, dass eine Betreibung des Strandbades nicht dem Unternehmenshauptzweck der ABS entspricht.

Die anschließende Diskussion zeigt noch Klärungsbedarf z. B. bezüglich der Vorgabe von Kassenöffnungszeiten in der Ausschreibung und der Weiterbetreibung der Strandbar. Des Weiteren stellt sich die Frage auf Abänderung des Gesellschaftszwecks, damit sich die ABS ggf. an der Ausschreibung beteiligen kann.

Im Interesse der Gesellschaft beantragt Frau Teetz, die Nichtöffentlichkeit herzustellen (*hierzu erfolgen noch Ausführungen im nichtöffentlichen Teil*).

Die SPD-Fraktion wird ihren Änderungsantrag zur Vorlage zurückziehen. Gegebenenfalls muss auch die Vorlage zum Gesellschaftsvertrag der ABS angepasst werden. Beide Vorlagen sollen dann in den Juli-Gremienlauf eingebracht werden.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen

2 Stimmenthaltungen

TOP 6.9.1. Ausschreibung von Leistungen zur Betreuung des Strandbades Eldena

06/1033 Wurde zurückgezogen und im Juli-Gremienlauf behandelt.

TOP 6.10. Bereitstellung des kommunalen Finanzierungsanteils für den Zuwendungsantrag „Nationale Projekte des Städtebaus“ 2017

06/1014

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.11. Veröffentlichung von namentlichen Abstimmungen der Bürgerschaft im Stadtblatt

06/992

Frau Bruns unterbreitet den Vorschlag einer digitalen Verlinkung ins Ratsinformationssystem, um dort nicht nur die namentliche Abstimmung, sondern auch die dazugehörigen Protokolle einsehen zu können. Frau Görs erwidert, dass dieser Vorschlag nicht für Menschen, die die Print-Version erhalten und nicht digital vernetzt sind, geeignet ist.

Herr Dr. Kerath verweist auf haushaltsrechtliche Auswirkungen, die mit Sicherheit bei einer Vergrößerung der Anzeige auftreten werden.

Herr Noack betont das Anliegen einer höchstmöglichen Transparenz.

Nach Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.12. Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG

06/1012.1

Herr Krüger bringt die Vorlage ein. Es wird von der Landesregierung und dem Landtag gefordert, die Kommune vollumfänglich auszufinanzieren, den vertikalen Finanzausgleich zu erhöhen, bei der Novellierung des Finanzausgleichgesetzes sicherzustellen, dass es bei der vorgesehenen Neuverteilung zwischen den Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten nicht zu einer Benachteiligung kommt, in einem breiten Diskurs zur Novellierung des Finanzausgleiches zu treten, eine lückenlose Aufklärung bezüglich der Höhe der kommunalen Beteiligungsquote in den letzten Jahren herbeizuführen und die vorenthaltenen FAG-Mittel der vergangenen Jahre unverzüglich auszuzahlen.

Nach Diskussion wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 6.13. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage „Finanzielle Ausstattung der Kommunen durch die Landesregierung und den Landtag MV – Neuregelung des FAG“ 06/1012 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4

06/1013

Herr Dr. Steffens erachtet es als sinnvoll, die Vorlage der CDU-Fraktion vor der Vorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4 in die Verwaltung zu geben, um möglichst genaue Berechnungen, die zur Entlastung der Stadt durch den Bund führen, zu ermitteln. Erst nach der Berechnung können seines Erachtens die Forderungen aus der Beschlussvorlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4 erfüllt werden.

Es werden zu dieser zeitaufwendigen Verfahrensweise Bedenken von Herrn Krüger ausgesprochen.

Herr Maas verspricht, das entsprechende Zahlenmaterial zur Überprüfung der Zuschüsse durch das Land zu beschaffen, um dann die Berechnungen durchzuführen.

Über den Änderungsantrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.14. Änderung der Hauptsatzung betreffend die Ortsteilvertretungen

06/1015

TOP 6.15. Änderungsantrag zu: Änderung der Hauptsatzung betreffend die Ortsteilvertretungen, 06/1015

06/1019

Die Tagesordnungspunkte 6.14. und 6.15. werden zusammen behandelt.

Mit Einführung eines Bürgerhaushaltes wurde entschieden, die Ortsteilvertretungen mit Haushaltsmitteln auszustatten. Die entsprechenden Finanzmittel wurden im Rahmen der Beschlussfassung für den Haushalt bereitgestellt (für die Jahre 2017 und 2018 jeweils 68.000 EUR). Mit der Beschlussvorlage sollen den Ortsteilvertretungen Rahmen für die Mittelverwendung aufgezeigt werden. Mit allen Beteiligten sollte ein Regelwerk gefunden und dementsprechend die Änderung der Hauptsatzung vollzogen werden.

Zu dieser Vorlage, so Herr Dr. Kerath, gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der bis zur Bürgerschaftssitzung am 22.05.2017 Berücksichtigung finden wird.

Für die CDU-Fraktion ergibt sich kein Regelungsbedarf; den Ortsteilvertretungen sollte man in ihren Entscheidungen freie Hand lassen.

Frau Schlegel erklärt, dass die Kommunalverfassung die Rechtsgrundlage für die eigenen Entscheidungen der Ortsteilvertretungen vorgibt. Am Verteilungsmodus bzw. zum Ablauf des Verfahrens (Handreichung) wird gegenwärtig verwaltungsseitig gearbeitet.

Herr Seiffert ergänzt, dass es letztlich Wunsch der Ortsteilvertretungen war, einen Leitfaden zum Umgang der OTV-Budgets zu bekommen.

Bis zur Bürgerschaftssitzung wird eine neue Beschlussvorlage mit den Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE vorgelegt. Frau Schlegel gibt ergänzende Hinweise und bietet ihre Hilfe bei den Ausformulierungen an.

Beide Vorlagen werden nur zur Kenntnis genommen.

TOP 6.16. Verbilligungsrichtlinie

06/1016

Die Vorlage zielt darauf ab, so Herr Dr. Kerath, das Wohnen bezahlbar zu gestalten. Die Verwaltung soll deshalb künftig städtische Grundstücke, wenn sie für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, an Investoren verbilligt veräußern.

Die Beschlussvorlage sieht vor, eine Richtlinie zu entwerfen, die dann anschließend dem Innenministerium zur Prüfung vorgelegt werden kann (sowohl kommunalverfassungsrechtliche Prüfung als auch beihilferechtliche Zulässigkeit).

In der anschließenden Diskussion wird argumentiert, dass man bei einem sozialen Wohnungsbau von Mieten in Höhe von max. 5,50 EUR/m² ausgehe und dies angesichts der hohen Baukosten einen erheblichen Zuschussbedarf eines Investors bedeute. Bei Inanspruchnahme von Fördermitteln aus der öffentlichen Hand muss der Investor sich 20 Jahre an den sozialen Zweck binden. Die Einsparungen, die er erzielen würde, wären sehr minimal, würden aber erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten.

Herr Kremer informiert, dass es zurzeit keine Grundstücke gibt, die nach dieser erarbeiteten Richtlinie ausgeschrieben werden könnten. Auch erklärt Herr Maas, dass er bei der derzeitigen Haushaltslage ungern auf Erträge aus Grundstücksverkäufen verzichten würde.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
7 Stimmenthaltungen

TOP 7. Information der Verwaltung

Herr Maas informiert über die Haushaltsgespräche vom 12.04. und 19.04.2017 mit dem Innenministerium. Hier wurde über den weiteren Fahrplan zur Genehmigung des Haushaltes gesprochen.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Ott hat eine Nachfrage zum Kunstobjekt am Karl-Marx-Platz. Da das Fundament bereits gegossen wurde, wird die damalige Eilbedürftigkeit (Maßnahme sollte bis März abgerechnet sein) infrage gestellt.

Frau Schinkel informiert, dass diese Maßnahme planmäßig abgearbeitet wird; die

Fertigstellung ist für Mai vorgesehen; die Abrechnung muss bis zum 30.06.2017 erfolgen, danach erfolgt die baufachliche Prüfung (bis August).

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

TOP 10. Sitzungsende

Die Sitzung wird um 20:40 Uhr beendet.

gez.
Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll